

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 09/57. Jahrgang

September 2026

Schutzgebühr: 0,40 €

Koalitionsvertrag in Gießen: Sparen auf Kosten der Bevölkerung?

Mit dem Koalitionsvertrag von CDU, SPD und Grünen wird die Haushaltskrise zementiert. Die DKP, die das Gießener Wahlbündnis GSF (Gießen – sozial und friedentüchtig) unterstützt, fragt: Wer bezahlt die Krise – und wofür wird das Geld der Stadt ausgegeben?

Angekündigte Einsparungen bei der Stadtverwaltung können weniger Beschäftigte, höhere Arbeitsbelastung und längere Wartezeiten bedeuten. DKP und GSF fordern Transparenz über geplante Kürzungen.

Gleichzeitig setzt die Koalition auf kostenloses Parken und ein neues Parkleitsystem. Welche Einnahmeausfälle entstehen dadurch? Warum sollen Autofahrer entlastet werden, während bei öffentlichen Leistungen der Rotstift droht?

Die Realität auf dem Wohnungsmarkt ist dramatisch – bisherige Alibi-Quoten versagen. Die DKP fordert eine radikale Kehrtwende:

KEIN SOZIALABBAU

**KEINE KÜRZUNGEN
BEI DEN ARMEN**

**DIE MILLIONÄRE
SOLLEN ZAHLEN**



dkp.de | unsere-zeit.de

DKP

Mindestens 30 Prozent geförderter Wohnraum bei allen städtisch beeinflussbaren Neubauvorhaben und eine massive Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus.

Um spekulativen Leerstand und Obdachlosigkeit zu beenden, müssen günstige Mieten gesichert, städtischer Boden in öffentlicher Hand behalten und 'Housing First' ausgebaut werden.

Aln der Verkehrspolitik widerspricht der geplante Ausbau der Konrad-Adenauer-Brücke dem Ziel einer nachhaltigen Mobilität. Die RegioTram fehlt. Für DKP und GSF gilt: Eine soziale Verkehrspolitik braucht einen starken und bezahlbaren ÖPNV statt weiterer Autoorientierung.

Positiv sind Investitionen in Schulen, Kitas, soziale Angebote und das Stadttheater. Doch sie stehen unter Haushaltsvorbehalt. Das Grundproblem bleibt: Kommunen werden finanziell unter Druck gesetzt und sollen anschließend selbst über Kürzungen entscheiden.

Nicht bei Beschäftigten, Bildung, Wohnen und sozialer

Fortsetzung auf S. 2

Das freut die AfD

Manchmal hat man den Eindruck, die Regierung, vor allem Obersozi Klingbeil, denkt Tag und Nacht darüber nach, wie sie die Menschen verärgern können. Vor kurzem glänzte Klingbeil mit dem Vorschlag, die Mitgliedsbeiträge von Vereinen zu besteuern. Jetzt plant er Steuern auf Personalrabatte. Viele Betriebe gewähren ihren Beschäftigten Rabatte, wenn sie Produkte des eigenen Betriebs erwerben. Ermäßigungen

über 1.090 Euro müssen jetzt schon versteuert werden, zukünftig soll dieser Freibetrag wegfallen. Wahrscheinlich wird es dann kaum noch Personalrabatte geben, weil die sich kaum noch lohnen. Wer sich ärgert, neigt dazu, die AfD zu wählen, auch wenn ihm das eher schadet. Ihre besten Wahlhelfer muss die AfD nicht einmal bezahlen.

Gernot Linhart

Surfen auf der Sparwelle / Demokratiehihi / SWG / Verkaufsoffene Sonntage	S. 3
Rechenzentrum Gießen	S. 4
Millionenmiete für Kreisverwaltung / Reform der Nachrichtendienste	S. 5
Fahrradförderung / Tarifbindung / Sparen bei behinderten Kindern	S. 6
Carsten Linnemann / Krieg gegen Iran	S. 7

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Koalitionsvertrag in Gießen: Sparen auf Kosten der Bevölkerung?

Infrastruktur sparen! Reiche und Konzerne müssen stärker zur Finanzierung beitragen! Öffentliche Daseinsvorsorge in öffentliche Hand!

Die DKP wird mit dem Wahlbünd-

nis GSF Alternativen einbringen. Unser Maßstab: **Öffentliche Mittel müssen öffentlichen Bedürfnissen dienen – nicht privaten Interessen.**

Martina Lennartz

7. DKP-Sommerfest: Solidarität mit Kuba



Rund 70 Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde kamen trotz großer Hitze zum 7. DKP-Sommerfest in Gießen. Im Mittelpunkt stand die internationale Solidarität mit Kuba. Der Chor der Solidarität sorgte mit Arbeiterliedern für die passende kämpferische Stimmung.

Mit einem Solidaritätsfoto und einem Spendenaufruf wurde ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Einnahmen des Festes wurden vollständig für Kuba gespendet. Darüber hinaus kamen in der Spendendose über 1.000 Euro zusammen. Das Geld soll dort helfen, wo die Auswirkun-

gen der imperialistischen Blockade und des wirtschaftlichen Drucks besonders spürbar sind.

Neben der politischen Diskussion blieb natürlich auch Zeit zum gemeinsamen Essen, Trinken und Feiern. Das Sommerfest zeigte erneut: Solidarität ist für uns keine bloße Losung, sondern gemeinsames Handeln und gelebter proletarischer Internationalismus.

Die Tradition wird fortgesetzt: Das 8. Sommerfest der DKP Gießen findet am 14. August 2027 am gleichen Ort statt. Viva Cuba – viva la solidaridad internacional!

Arbeiten bis zum sozialverträglichen Ableben?

Diese Wunschvorstellung der Kapitalseite hat der DGB Ende August auf dem Marktplatz im mittelhessischen Alsfeld mit einem Skellett in Arbeitskleidung und Schutzhelm auf drastische Weise ins Bild gesetzt.

Ersatzlose Streichung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren, stattdessen schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre. Außerdem soll durch die Einführung weiterer kapitalgedeckter Elemente dem Zocken mit der Altersvorsorge der Versicherten an den Börsen Tür und Tor geöffnet werden. So sehen die von der Rentenkommission und von der Bun-

desregierung abgenickten Pläne zur Rente aus.

Damit nicht genug. Geht es nach den Vorstellungen aus dem Bundeskanzleramt, wird das Arbeitszeitgesetz ausgehöhlt und der 8-Stunden-Tag abgeschafft. 13-Stunden-Schichten sind dann möglich. Gleichzeitig werden tarifliche Regelungen zur Arbeitszeit immer wieder in Frage gestellt. Die 35-Stunden-Woche sei angeblich nicht mehr zeitgemäß, heißt es immer häufiger aus den Vorstandsetagen.

Ulf Immelt

Siehe auch Artikel **"Tarifbindung in Deutschland mangelhaft"**, S. 6.

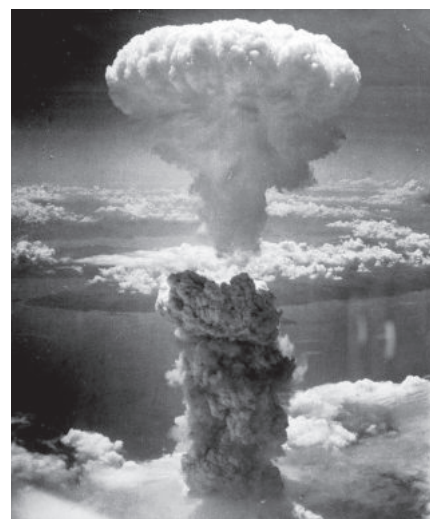
Hiroshima und Nagasaki mahnen zum Frieden



Am 6. August lud das Gießener Friedensnetzwerk erneut zu einer Gedenkveranstaltung auf dem „Hiroshimaplatz“ (Katharinenplatz) ein. Die gut besuchte Veranstaltung erinnerte an die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 und verband das Gedenken mit einer eindringlichen Warnung vor neuer Aufrüstung.

Für das Friedensnetzwerk sprach Martina Lennartz. Sie erinnerte daran, dass Hiroshima und Nagasaki keine Naturkatastrophen waren, sondern die Folgen eines Krieges und des Einsatzes von Atomwaffen durch die USA. Zugleich warnte sie vor der aktuellen Militarisierung und der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Weitere Redebeiträge kamen von Klaus Zecher für den DGB Gießen sowie Christian Momberger. Alle Beiträge machten deutlich: Das Gedenken darf nicht folgenlos bleiben. Gerade angesichts des bedrohten Friedens ist jeder und jede Einzelne gefordert, selbst aktiv zu werden – **gegen Aufrüstung und Militarisierung und für Abrüstung, internationale Solidarität und Frieden.**



Atombombenabwurf auf Nagasaki am 9.8.1945. Von Charles Levy - U.S. National Archives and Records Administration, gemeinfrei.



Surfen auf der Sparwelle

Gießen bekommt vielleicht eine Lahnwelle. Eine tolle Idee! Endlich können die Bürgerinnen und Bürger auf einer Welle surfen – während die Stadt gleichzeitig versucht, auf der Sparwelle nicht

unterzugehen.

67.500 Euro sind für die Lahnwelle eingeplant. Kein Vermögen, könnte man sagen. Für eine solche Welle scheint das ziemlich preiswert – für Gießens Haushaltsprobleme ist es jedoch kein Tropfen.

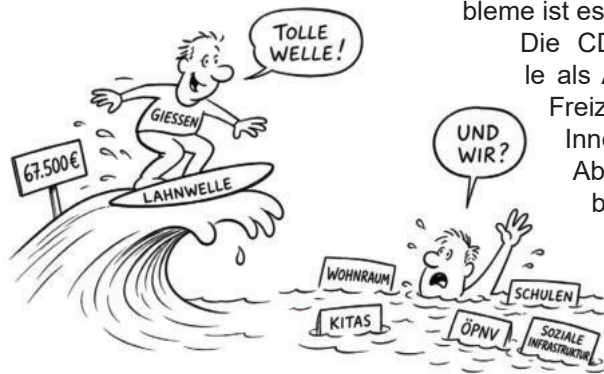
Die CDU lobt die Lahnwelle als Aufwertung von Sport, Freizeit, Ehrenamt und Innenstadt. Alles schön.

Aber wenn gleichzeitig bei Verwaltung, Infrastruktur und öffentlichen Leistungen der Rotstift angesetzt wird, stellt sich die Frage: Wer darf ei-

gentlich mitsurfen – und wer geht unter?

Vielleicht könnte man die Prioritäten ja direkt an der Lahn testen: Auf der einen Seite die Lahnwelle, auf der anderen bezahlbarer Wohnraum, Kitas, Schulen, ÖPNV und soziale Infrastruktur. Mal sehen, was die Stadt zuerst über Wasser hält.

Die DKP gönnt allen ihren Wellengang. **Aber bevor Gießen auf der Lahn surft, sollte die Stadt dafür sorgen, dass niemand bei der Daseinsvorsorge baden geht.**



Demokratiehihihi

Ein Grüner (M. Zörb) über eine grüne Dezernentin, die abgewählt werden sollte:

"Ich glaube nicht, dass die Stadträtin bewusst gelogen hat. Das

ist ihre Interpretation." (Anzeiger, 19.8.2026)

Ein Vertreter von Gigg hatte nach einem Durchführungsbeschluss gefragt, der tatsächlich seit

sieben Tagen vorlag.

Frau Weigel-Greulich hatte das Vorliegen geleugnet. OB Becher hatte sie nicht korrigiert.

Stadtwerke bleiben profitabel – auf unsere Kosten

Die Stadtwerke Gießen (SWG) haben ihren Jahresbericht 2025 vorgelegt. Sie konnten wieder einen ordentlichen Gewinn verbuchen: 13,9 Mio. Euro. 3,5 Mio. werden an die Stadtkasse überwiesen, der Rest wandert in Rücklagen. Auf den ersten Blick hört sich das positiv an. Auf den zweiten zeigt es aber, dass die

SWG ihre Lieferungen und Dienstleistungen preiswerter anbieten könnten. Nach den Presseberichten wurde am meisten am Strom und an der Fernwärme verdient. Deren hohe Preise belasten viele Einwohner, die mit wenig Geld auskommen müssen. Anstatt Gewinne zu machen, könnten die Stadtwerke die

Tarife senken. Kommunale Betriebe wurden einmal gegründet, um den Bürgern lebensnotwendige Leistungen kostengünstig anzubieten. Die Überschüsse sind vergleichbar mit einer ungerechten Verbrauchssteuer. Demokratische Kontrolle der kommunalen Betriebe sollte so etwas verhindern. Gernot Linhart

Sommerloch...

Alle Jahre wieder wird von Verbänden des Handels die Öffnung von Läden an Sonntagen gefordert. Dies passiert vorwiegend im Sommer, wenn urlaubsbedingt die Innenstädte noch leerer als sonst sind. Jetzt hat sich der Wirtschaftsausschuss des Bundestages dieser Forderung angeschlossen. Eine der Begründungen: Die Innenstädte sollen damit belebt werden.

Die christlichen Kirchen, die Gewerkschaft ver.di und auch wir lehnen diese Forderung ab. Sie geht zu Lasten der Beschäftigten (überwie-

gend Frauen) und beeinträchtigt die Planbarkeit der Freizeit und des Familienlebens. Die dort Arbeitenden haben meist gar nichts davon. Viele Betriebe sind nicht tarifgebunden und zahlen keine Sonntagszuschläge. Zugleich werden die regulären maximalen Öffnungszeiten aktuell nicht einmal ausgeschöpft, ein untrügliches Zeichen dafür, dass sie völlig ausreichen.

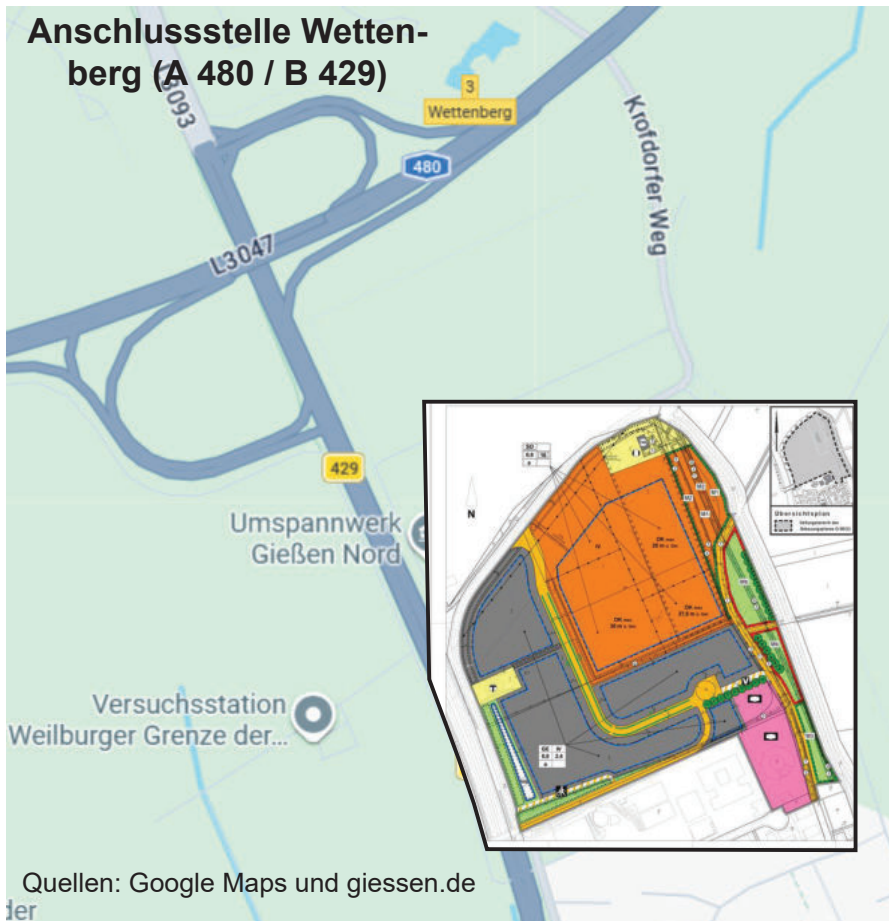
Schon jetzt ist das Budget der Verbraucher/innen begrenzt; was an Wochentagen ausgegeben wird, steht dann sonntags nicht mehr zur

Verfügung!

Wie aktuell aus gut informierten Kreisen zu erfahren ist, plant die Stadt Gießen einen dritten verkaufsoffenen Sonntag für den 27.12.2026. Dieser ist als Ersatz für die „Umsatzverluste“ anlässlich der Gründung der AfD-Jugendorganisation in Gießen am ersten Adventssamstag 2025 gedacht. Das Gießener Echo bleibt in dieser Angelegenheit am Ball und wird informieren.

Helmut Appel

Rechenzentrum Katzenfeld: Sorgfalt vor Schnelligkeit



Hochwasserschutzes und des notwendigen **Retentionsausgleichs (siehe Kasten unten)**. Es muss vorab feststehen, wer für Sanierung und mögliche Folgekosten haftet. Die Stadtgesellschaft darf nicht für Risiken eines privaten Großprojekts einstehen.

Für die DKP stellt sich die grundsätzliche Frage: Was hat die Gießener Bevölkerung von diesem Projekt? Wenn öffentliche Flächen, Energie, Wasser und Infrastruktur in großem Umfang genutzt werden, muss der öffentliche Nutzen nachvollziehbar sein. Dazu gehören Angaben zu Gewerbesteuer-einnahmen, Arbeitsplätzen und den tatsächlichen Kosten für die Stadt.

Die DKP Gießen fordert deshalb: kein Satzungsbeschluss auf Grundlage von Absichtserklärungen!

Sorgfalt vor Schnelligkeit! Erst müssen die Bedingungen stimmen, dann kann über das Baurecht entschieden werden.

Martina Lennartz

Die in das Rechenzentrum eingespeiste elektrische Energie wird komplett in Wärme umgewandelt, egal ob sie durch die Computer fließt, Ventilatoren bewegt, Kühlaggregate betreibt oder Licht erzeugt – am Ende wird immer Wärme daraus. Ein elektrisch betriebenes Rechenzentrum, das keine Wärme nach außen abgibt – so etwas wird es nie und nirgends geben.

Ein **Retentionsausgleich** ist die Verpflichtung, künstlich verloren gegangenen Hochwasserschutz- und Wasserspeicherraum durch eine gleichwertige Maßnahme zu ersetzen. Einfach gesagt: Wenn du dem Wasser Platz wegnimmst, musst du ihm an anderer Stelle exakt denselben Platz wiedergeben.

Bei einer rechnerischen Volllast von 65 MW würde das Rechenzentrum jährlich etwa 569 GWh Strom benötigen – rund **1,65-mal so viel wie der gesamte Stromverbrauch der Stadt Gießen** im Berichtsjahr 2023.

Die DKP Gießen unterstützt die Forderung der Linken und Gigg, den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan GI 05/23 „Katzenfeld“ auszusetzen. Bei einem Projekt dieser Größenordnung müssen die Folgen für die Gießener Bevölkerung geklärt sein, bevor eine Baugenehmigung erteilt wird.

Geplant ist ein Rechenzentrum mit einer Anschlussleistung von 65 Megawatt. Bei rechnerischer Volllast entspricht das einem Jahresverbrauch von rund 569 Gigawattstunden. Das ist keine Prognose des Verbrauchs, sondern eine theoretische Obergrenze. Gerade deshalb braucht es verlässliche Angaben: Welche zusätzlichen Belastungen entstehen für das Stromnetz? Welche Leitungen, Umspannwerke und weitere Investitionen sind notwendig? Und vor allem: Wer bezahlt sie?

Auch die angekündigte Nutzung von rund 20 Megawatt Abwärme darf kein unverbindliches Versprechen bleiben. Wenn die Abwärme ein ökologisches Argument für das Projekt ist, braucht es dazu einen Vertrag mit den Stadtwerken (SWG)

– mit Mindestmengen, technischen Bedingungen und Regelungen für den Fall, dass die Zusagen nicht eingehalten werden.

Die gesamte eingesetzte Energie wird, ganz gleich auf welchem Weg, am Ende zu Wärme. Schulphysik, Erster Hauptsatz der Thermodynamik, Energieerhaltung in thermodynamischen Systemen. Er sagt aus, dass die Energie eines abgeschlossenen Systems konstant ist. Wenn die SWG 20 Megawatt abnehmen, wäre diese Abnahme knapp ein Drittel der projektierten Anschlussleistung gesichert. Was aber soll mit der Wärmeleistung geschehen, die diese 20 Megawatt übersteigt? Völlig ungeklärt. Da wollen wir Antworten.

Gleiches gilt für den Wasserverbrauch. Ein Großverbraucher darf nicht auf Kosten unserer Trink- und Grundwasserversorgung betrieben werden. Ein möglichst geschlossener Kühlkreislauf und eine verbindliche Begrenzung des Wasserverbrauchs müssen daher Voraussetzung sein.

Ungeklärt sind zudem Altlasten auf dem Gelände des ehemaligen Betonteilewerks sowie Fragen des

Keine Millionenmiete für die Kreisverwaltung!

Der Landkreis Gießen plant, seine Verwaltung bis 2029 aus dem Ritters-Gelände in die Innenstadt zu verlagern. Rund 900 Beschäftigte sollen künftig an der Liebigstraße und in Neubauten an der Frankfurter Straße arbeiten. Der Kreistag soll am 7. September darüber entscheiden.

Aber ist die Belastung des Haushaltes durch Zahlung einer langfristigen Millionenmiete wirklich die richtige Antwort auf die finanziellen Probleme des Landkreises?

Für rund 18.800 m² sollen jährlich 4,14 Mio. Euro Miete gezahlt werden. Heute sind es 2,56 Mio. Euro. Das bedeutet 1,58 Mio. Euro Mehrkosten pro Jahr. Über 20 Jahre

summiert sich der Unterschied auf mehr als 31 Mio. Euro – ohne Mietersteigerungen und weitere Folgekosten.

Das geschieht in einer Zeit, in der der Landkreis finanziell unter Druck steht. Im Ergebnishaushalt 2026 fehlen 13 Mio. Euro, im Finanzhaushalt 26,5 Mio. Euro.

Die DKP bestreitet nicht, dass die Beschäftigten moderne und sichere Arbeitsplätze brauchen. Aber warum muss dafür über Jahrzehnte öffentliches Geld an private Immobilieneigentümer fließen?

Statt bei sozialen Leistungen, Beschäftigten und Infrastruktur zu kürzen, muss geprüft werden, ob ein öffentlicher Erwerb oder Neubau

langfristig wirtschaftlicher wäre. Ein eigenes Verwaltungsgebäude wäre dauerhaft öffentliches Vermögen. Miete ist dagegen eine laufende Ausgabe.

Die DKP fordert deshalb die vollständige Offenlegung aller Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Vertragsbedingungen und Folgekosten. Auch Alternativen müssen ernsthaft transparent geprüft werden. Eine moderne Verwaltung braucht ausreichend Personal und gute Arbeitsbedingungen.

Öffentliches Geld muss öffentlichen Interessen dienen – nicht privaten Renditen. Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand!

Martina Lennartz

Reform der Nachrichtendienste – eine neue Geheimpolizei?

Am Mittwoch, 12. August 2026, hat das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf zur Reform des Nachrichtendienstrechts beschlossen. Der Bundesinnenminister Alexander Dobrindt begründet den Entwurf wie folgt: „Sabotage, Spionage, Cyberangriffe und verdeckte Aktionen fremder Mächte erfordern neue Antworten. Mit der Reform der Nachrichtendienste hin zu echten Geheimdiensten stärken wir tragende Säulen unserer Sicherheitsarchitektur. Wir ermöglichen für die Dienste operative Fähigkeiten und aktive

Befugnisse, um effektiv gegen den modernen Staatsterrorismus und extremistische Gewalt vorzugehen.“

Das Papier umfasst eine massive Erweiterung der Befugnisse des BND sowie des Verfassungsschutzes und lässt eine Reihe an bisherigen Beschränkungen fallen. Die demokratische Kontrolle der nachrichtendienstlichen Aktivitäten entfällt dabei fast vollständig.

Agenten des Inlandsgeheimdienstes soll es zudem erlaubt sein, Tatmittel zu verändern und somit effektiv manipulierte Tatvorwürfe zu

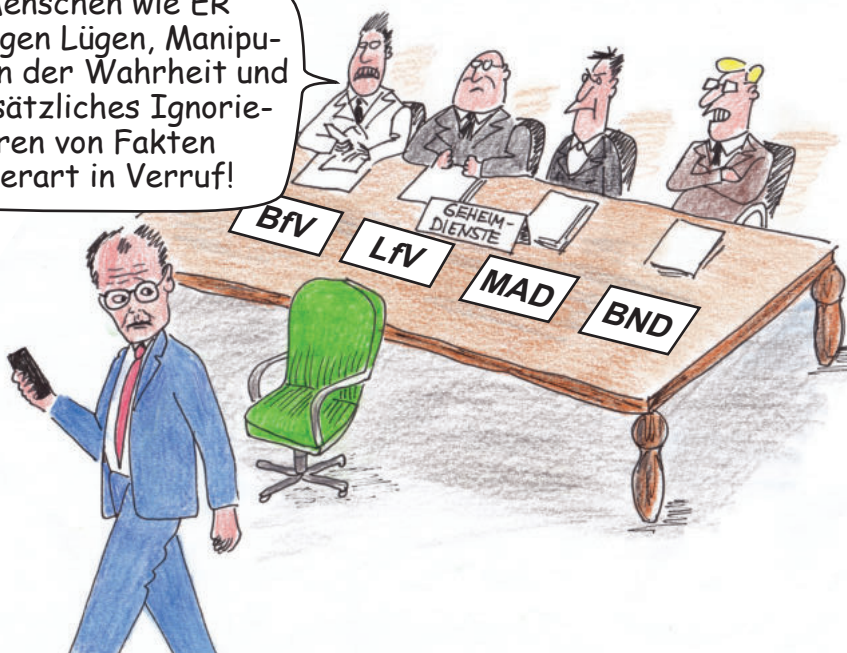
konstruieren.

Die „operativen Befugnisse“, die den Geheimdiensten eingeräumt werden sollen, lassen den Raum für Gewaltmaßnahmen bis hin zur gezielten Tötung. Das Trennungsgebot zwischen polizeilicher Strafverfolgung und geheimdienstlicher Aufklärung, eine Konsequenz aus dem deutschen Faschismus, wird somit offiziell aufgehoben.

Es wird eine neue staatliche Geheimpolizei installiert und der Bespitzelung der eigenen Bevölkerung sind kaum noch Schranken gesetzt. Der Umbau der staatlichen Repressionsorgane greift dabei Hand in Hand mit dem imperialistischen Kurs der BRD. In Zeiten der massiven Kriegsvorbereitung sowie des drastischen Sozialabbaus schafft man sich ein mächtiges Instrument zur Unterdrückung von Widerstand in der eigenen Bevölkerung. Was mit dem Kampf gegen „Spionage“ und „Extremismus“ begründet wird, kann schon heute gegen die organisierte Arbeiterbewegung und andere fortschrittliche Kräfte eingesetzt werden. **Aufrüstung nach außen und Repression nach innen sind zwei Seiten desselben imperialistischen Kurses – ihnen muss organisierter Widerstand entgegengesetzt werden.**

MaLa

Menschen wie ER bringen Lügen, Manipulation der Wahrheit und vorsätzliches Ignorieren von Fakten derart in Verruf!



Hessens Regierung will Fahrrad-Förderung streichen

Die hessische CDU hat mit allem, was außerhalb von Sport und Freizeit mit Radfahren zu tun hat, nichts am Hut. Wenn Radwege gebaut werden, dann vor allem, um den Autoverkehr von den lästigen Radlern zu entlasten. Aus Zeiten, in denen die CDU noch nicht machen konnte, was sie wollte, gibt es noch eine

„Nahverkehrsförderung“. Gefördert wurden damit eine Fachzentrale für schulische Mobilität, das Schulradeln und das Stadtradeln. Diese Förderung will die Landesregierung jetzt abschaffen. Mehr Schüler und Erwachsene für das Radfahren zu begeistern, bleibt dann den Städten und Gemeinden überlassen. Die

sind aber sowieso schon klamm, da sie für ihre vielen Aufgaben einen deutlich zu kleinen Anteil am Steueraufkommen bekommen. Vielleicht können heftige Proteste der Radlerinnen und Radler diese Kürzungen noch verhindern.

Gernot Linhart

Tarifbindung in Deutschland mangelhaft

Viele Beschlüsse der EU sind nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, manche aber schon. Dazu gehört, dass alle Mitgliedsländer dafür sorgen sollen, dass für mindestens 80% der Beschäftigten verpflichtende Tarifverträge gelten. Bis 2025 sollten die Regierungen Pläne vorlegen, wie sie dieses Ziel

erreichen wollen. In Deutschland arbeiten weniger als 50% in tarifgebundenen Betrieben. Noch keine Regierung hat bisher ein Konzept erarbeitet, wie das EU-Ziel erreicht werden könnte. Behauptungen, mit mehr Tarifbindung hätte die deutsche Industrie Nachteile im internationalen Wettbewerb, sind falsch.

Die meisten Konkurrenten in der EU übertreffen die 80%-Marke, darunter Frankreich, Spanien, Italien, alle skandinavischen Länder und Österreich. In Deutschland untergräbt die Regierung sogar das Ziel höherer Tarifbindung. Nur in 17 von 57 bundeseigenen Unternehmen gibt es eigene Tarifverträge, in den anderen gelten höchstens an Tarifverträge angelehnte Regelungen. Bei staatlichen Ausschreibungen ist Tarifbindung nicht immer vorgeschrieben, den Auftrag bekommt der Billigste. Nach der kürzlich beschlossenen Krankenkassen- und Pflegereform sollen Tarifierhöhungen nicht mehr durch Zahlungen der Pflege- und Krankenversicherungen ausgeglichen werden. Das zwingt die Träger geradezu, nicht mehr nach Tarif zu bezahlen. Für aktive Gewerkschafter muss die Rüge der EU wegen mangelnder Tarifbindung der Auftrag sein, noch stärker für dieses Ziel zu kämpfen.

Gernot Linhart



Schäbig, schäbiger, am schäbigsten

Im vorigen Echo hatten wir das Verhalten der Bundesregierung als schäbig bezeichnet, weil sie im Interesse der Kriegstüchtigkeit armen Kindern und Familien versprochenes Geld wieder wegnimmt. **Jetzt trifft dieses „Sparen“ auch behinderte Kinder.** Die Gießener Allgemeine hat getitelt: „Kinderhilfe wird reformiert – Regierung will sparen“. Die Betreuung von behinderten oder psychisch kranken Kindern soll massiv eingeschränkt werden, individuelle Betreuung soll es nur noch in wenigen Einzelfällen geben. Den Kindern wird dadurch die Möglichkeit zu Bildung und Integration genommen. Langfristig wird

das die Gesellschaft wahrscheinlich viel mehr kosten als jetzt eingespart wird. Die Regierung kommt mit dieser Maßnahme der AfD entgegen,

die überhaupt nichts von Förderung und Integration behinderter Menschen hält.

Gernot Linhart

Der konkrete Anlass ist die **Reform der Kinder- und Jugendhilfe**, die das Bundeskabinett am **12. August 2026** beschlossen hat. Die Bundesregierung selbst erklärt, dass individuelle Hilfen künftig stärker durch allgemeine Unterstützungsangebote ersetzt werden sollen, sofern diese den Bedarf gleich gut oder besser erfüllen. Gleichzeitig soll die Unterstützung für junge Menschen mit Behinde-

rungen neu organisiert werden. Noch deutlicher wird der Punkt, auf den sich der Artikel bezieht, in der Berichterstattung über den Gesetzentwurf: **Die kostenintensive individuelle Schulbegleitung für Kinder mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen soll eingeschränkt und stärker durch Gruppenbetreuung ersetzt werden.**

Carsten Linnemann – ein Minister im Interesse des Marktes?

Mit Carsten Linnemann übernimmt ein wirtschaftsliberaler Politiker das Bundesgesundheitsministerium. Er kündigt an, das Gesundheitswesen effizienter zu machen, unter anderem durch eine Verringerung der gesetzlichen Krankenkassen und stärkere Orientierung an Wirtschaftlichkeit.

Kritiker sehen darin eine Fortsetzung der Marktlogik, die das Gesundheitswesen seit Jahren prägt: Krankenhäuser müssen Gewinne erwirtschaften, Pflegekräfte arbeiten am Limit, während Patientinnen und Patienten mit langen Wartezeiten und steigenden Eigenbeteiligungen konfrontiert sind.

Auch Linnemanns frühere Äußerungen zu Sozialleistungen und Arbeitslosen stehen für ein Ver-

ständnis, das individuelle Eigenverantwortung stark betont. Die Gefahr besteht, dass Gesundheit zunehmend als Kostenfaktor statt als gesellschaftliches Grundrecht betrachtet wird.

Aus marxistischer Sicht ist seine Berufung daher mehr als eine Personalentscheidung. Sie steht für eine Politik, bei der Effizienz und Sparzwänge über den Bedürfnissen von Beschäftigten, Pflegekräften und Patientinnen und Patienten stehen.

Notwendig ist ein Gesundheitswesen, das sich am Bedarf der Menschen orientiert – öffentlich organisiert und finanziert, statt der Profitlogik unterworfen zu sein.

Martina Lennartz

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto (auch für Spenden):

Name: DKP Kreisorganisation, Giessen; **IBAN:**

DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Anfragen und Leserbriefe an:

Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen

oder E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de

Krieg gegen den Iran – Teil einer US-Strategie

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR sahen die USA die Möglichkeit, ihre weltweite Dominanz auszubauen und zu festigen. Ein Teil dieses Vorhabens ist der *Greater-Middle-East-Plan* von 2004. Der Plan umfasst militärische und wirtschaftliche Elemente. Die öffentliche Meinung in den betroffenen Staaten soll entsprechend pro westlich beeinflusst werden. Der Raum reicht von der Türkei im Norden, der West Sahara im Westen, Kasachstan im Osten bis zu Somalia im Süden. Im Zuge dieses Plans wurden „Störenfriede“ beseitigt oder es versucht: Afghanistan 2001, Irak 2003, Somalia 2007, Libyen 2011, Syrien 2024. Das Konzept lässt sich wie folgt beschreiben: Entweder ein Staat wird zum untergeordneten Verbündeten oder er wird zerstört. Ein zerstörter Staat kann den Interessen der USA nicht mehr gefährlich werden, so die Logik! Das letzte Land auf der Liste war aktuell der Iran.

Der Iran-Krieg ist nur der vorläufige Höhepunkt einer jahrzehntelangen Strategie zum Regimewechsel in diesem Land. Die Pläne reichen von der Studie der *Heritage Foundation* von 1991 bis zum aktu-

ellen Papier des *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) von 2025.

Der Unterschied des aktuellen Waffenganges zu allen anderen vorangegangenen ist die nicht erwartete Widerstandskraft des iranischen Staates.

Das am 17. Juni unterzeichnete Rahmenabkommen ist ein politi-

scher Erfolg des Iran. Auch wenn Trump dieses Abkommen offiziell am 8. Juli 2026 aufgekündigt hat, orientiert sich die Außenpolitik der USA weiterhin an dieser Vereinbarung.

Der letzte große Angriff der USA auf den Iran fand am 19. Juli 2026 statt. Obwohl zu diesem Zeitpunkt noch die 60-tägige Waffenruhe galt, welche am 31.08. ausläuft. Ab diesem Zeitpunkt setzten die USA mehr auf wirtschaftlichen und politischen Druck. Dazu gehört die absurde Ankündigung von Trump, die Straße von Hormus zum US-Territorium zu erklären.

Der Iran ist derweil damit erfolgreich, den weltweiten Handel zu verunsichern: Angriffe auf Schiffe in der Straße von Hormus und durch die Huthi in der Straße von Bab-el-Mandeb (Zugang zum Suez-Kanal). Diese treiben die Versicherungsprämien für die Schifffahrt in astronomische Höhen.

Der Iran kontrolliert im Moment das Geschehen. Die USA mussten zum ersten Mal eine so umfassende strategische Niederlage einstecken, mit nicht absehbaren politischen Folgen.

Henning Mächerle





Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Di. 1.9. um 17 Uhr:

Friedensnetzwerk:
Antimilitaristischer
Stadtrundgang –
Grünberger Str./
Ecke Licher Str.



Sa. 5.9. ab 10:30 Uhr:

Infostand DKP Gießen –
Kugelbrunnen

Mi. 16.9. ab 17:30 Uhr:

Beratung zur Kriegsdienst-
verweigerung vom Friedens-
netzwerk – Sudetenlandstr. 1

Fr. 18.9.:

Redaktionsschluss Okt.-Echo

Mi. 23.9. um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP
Gießen – Ort bitte erfragen

Fr. 25.9.:

Schulstreik – Ort
und Uhrzeit unter
schulstreikgegenwehrpflicht.com

Fr. 25.9. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI –
Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 3.10. um 9 Uhr:



Abfahrt zur bundesweiten
Friedensdemo nach Stuttgart
per Bus – Ringallee, Parkplatz
Theodor-Litt-Schule; Anmeldung
und Infos: [giessener-
friedensnetzwerk@web.de](mailto:giessener-friedensnetzwerk@web.de)
Weitere Infos zur Demo: [nie-
wieder-krieg.org/demo-03-10-26](http://nie-wieder-krieg.org/demo-03-10-26)

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichtete das Gießener Echo darüber, was die Bürger in der kurz bevorstehenden Stadt Lahn erwartete. In der lokalen Presse war kaum etwas über die damit verbundenen Verschlechterungen zu lesen. Mit dem, was dann kam, waren die Menschen so unzufrieden, dass das künstliche Gebilde „Stadt Lahn“ nur kurzen Bestand hatte.

Vor **40 Jahren** beschäftigten wir uns mit dem Niedergang der Betriebe des Rinn-Clans. Heyligenstedt (Maschinenbau), Rinn und Cloos (Zigarren) und Minox (Kameras) waren von den Rinns (eine Industriellen-Familie) so abgewirtschaftet worden, dass sie kurz vor ihrem Ende standen. Die Beschäftigten mussten die Folgen tragen. Die Eigentümer hatten genügend Geldmittel für ihren privaten Wohlstand aus den Betrieben gezogen.

Vor **30 Jahren** waren die vom Immobilien-Spekulanten Shobeiri geschaffenen Schandflecke in der Stadt ein Thema. In der Südanlage und in der Bahnhofstraße hatte Shobeiri Gebäude und Grundstücke aufgekauft.

Erlegte immer wieder nicht genehmigungsfähige Pläne für die Bebauung vor. Es dauerte Jahrzehnte bis es zu einer zum Stadtbild passenden Nutzung kam.

Vor **20 Jahren** konnten die Montagsdemonstranten gegen Hartz IV auf drei Jahre Protest zurückblicken. Notwendigen Protest – weil Medien und Politiker immer schärfer gegen die Betroffenen hetzten. Kontrollen durch die Jobcenter gingen so weit, dass in Schlaf- und Badezimmern nach Indizien gesucht wurde, mit denen Menschen zu einer Bedarfsgemeinschaft zwangsvereinigt werden konnten.

Vor **10 Jahren** gab der CDU/Grüne/SPD-Magistrat bekannt, er wolle Personalprobleme durch die Beschäftigung von Leiharbeitern lösen. Leiharbeit hatte durch die von der Schröder/Fischer-Regierung eingeführten Hartz-Gesetze Auftrieb bekommen. Leiharbeiter werden schlecht bezahlt und können jederzeit entlassen werden. Der Magistrat wollte sich dieses Instrument zunutze machen, um Planstellen einzusparen.



Nein zur Wehrpflicht!

Unsere Kinder kriegt ihr nicht!



Zum 115. Geburtstag von Walter Deeg



an einen Gießener Kommunisten und engagierten Kämpfer für Frieden, gegen Faschismus und Militarismus.

Gemeinsam mit seiner Frau Ria

Am 6. September 1911 wurde Walter Deeg geboren. In diesem Jahr wäre er 115 Jahre alt geworden. Wir erinnern

stellte er sich Aufrüstung und Remilitarisierung entgegen. Verfolgung und Gefängnis hielten ihn nicht davon ab, für seine Überzeugungen einzustehen. Später unterstützte er die Ostermärsche und setzte sich weiter für Frieden und Sozialismus ein.

Wir gedenken Walter Deeg mit Respekt und Dankbarkeit. Sein Einsatz bleibt uns Verpflichtung: Wir kämpfen in seinem Sinne weiter – **für Frieden, gegen Aufrüstung und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.**

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ